

FDP-Ratsfraktion – Rathenaustr. 16 – 33102 Paderborn

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Mobilität
Herrn Dr. Klaus Schröder

- per E-Mail -

Fraktion der Freien
Demokratischen Partei
im Rat der Stadt Paderborn

Alexander Senn
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle
Rathenaustr. 16
33102 Paderborn

Telefon (0 52 51) 87 11 80
Email: buero@fdp-pb.de
www.fdp-paderborn.de

Paderborn, 26. Januar 2024

Antrag auf Erteilung eines Sachstandsberichts mit dem Schwerpunkt ‚Windenergie im Stadtgebiet Paderborn‘

Sehr geehrter Herr Dr. Schröder,

wir bitten Sie, den hier vorgelegten Antrag auf Erteilung eines Sachstandsberichts auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu nehmen. Vielen Dank.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet über die aktuellen Sachstände und berät die Ausschussmitglieder hierbei insbesondere bezogen auf die folgenden Themen:

1. Positionierung der Stadt Paderborn zum derzeit in Aufstellung befindlichen „Sachlichen Teilplan Windenergie/Erneuerbare Energien“ der Bezirksregierung Detmold
2. Auswirkung des Erlasses „Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit bis zum Erreichen der Flächenbeitragswerte durch die Regionalplanung“ vom 21. September 2023
3. Auswirkung und geplante Umsetzung des „Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen“
4. Auswirkung des Antrags von CDU, Grünen und SPD im Landtag NRW zum aufgehobenen 1.000m-Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung, die die grün-schwarze Landesregierung am 25.08.2023 eingebracht hatte

Begründung:

Mit einer installierten Leistung von 1.134,5 MW bei 523 Windenergieanlagen im Kreisgebiet Paderborn ragen wir aus dem Bestand in Nordrhein-Westfalen und speziell in Ostwestfalen-Lippe heraus. Die in etwa flächenmäßig vergleichbar großen Kreise Höxter oder Lippe haben gerade einmal 175 (264,4 MW) bzw. 128 (239,5 MW) Windenergieanlagen in ihrem Flächenbestand. Damit ist Paderborn der „Hot Spot“ der Windenergieindustrie in ganz Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2022 war der Kreis Paderborn bereits mit seinerzeit lediglich 825kw/km² installierter Windenergieleistung unter den TOP 3 der Kreise anhand der Dichte von Windenergieanlagen bundesweit.

Die Sicherstellung der Energieversorgung ist ein zentrales Thema in Anbetracht der geopolitischen Konfliktherde zur aktuellen Zeit. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien kann in Kombination mit sinnvoller Speichertechnologie diesem Umstand und dem Bedarf an zusätzlicher Stromversorgung durch die Wärme- und Mobilitätswende Rechnung tragen. Der Ausbau von Windenergie trägt diesen Zielen umweltschonend bei und ist daher auch von uns zu begrüßen. Gleichzeitig stellt die schiere Dichte an Windenergieanlagen in Paderborn die Anwohnerinnen und Anwohner und die Stadtplanung vor zusätzliche Herausforderungen. Es hat sich ein Windhundrennen um Außenplätze entwickelt, die gerade den nord-/östlichen Stadtteilen von Paderborn (Marienloh, Neuenbeken, Benhausen und Dahl) erschwert, weitere Wohnbebauung zu realisieren. Überdies werden Lärm und Befeuern der Anlagen zunehmend von Anwohnerinnen und Anwohner als störend empfunden, weil die Anlagen mittlerweile in einer solchen Dichte und Nähe zur Wohnbebauung stehen, dass sie dauerhafte, störende Einflüsse bewirken. Der Anwohnerschutz muss auch in Paderborn endlich eine größere Rolle einnehmen, ohne hiermit gleich der Windenergie an sich eine Globalabsage zu erteilen. Hierzu ist eine sachliche Auseinandersetzung elementar.

In der Vergangenheit sind bei den Fortschreibungen zur Flächennutzungsplanung (z.B.: 125. FNP-Änderung oder 146. FNP-Änderung) immer nur situativ Entscheidungen herbeigeführt worden. Wegen der Komplexität der rechtlichen Auslegung und der Notwendigkeit der Beteiligung der politischen Mandatsträger muss unseres Erachtens aber gerade vor dem Hintergrund der v. g. vier wesentlichen Änderungen, die jüngst beschlossen oder in Entwicklung sind, die Diskussion einen größeren Raum einnehmen. Daher beantragen wir eine Schwerpunktsitzung oder alternativ im Verwaltungsermessen eine Sondersitzung.

Weitere Begründung zu den v. g. Themeninhalten, die nicht abschließend verstanden werden soll:

1. Bereits in der Sitzung des Rates vom 26.09.2023 hat sich unsere Fraktion durch Ratsherr Sascha Pöppe gemäß der dargelegten Niederschrift klar dahingehend geäußert, dass unseres Erachtens die Windkraftplanung einer klaren Positionierung der Stadt Paderborn bedürfe und dies innerhalb der Regionalentwicklungsplanung zu berücksichtigen sei. Mit Verweis auf den in Aufstellung befindlichen „Sachlichen Teilplan Windenergie/Erneuerbare Energien“ sei dies laut Verwaltung der richtige Ort die Befürchtungen zur Nähe zur Wohnbebauung in den Stadtteilen Marienloh, Neuenbeken, Benhausen und Dahl vorzutragen und zu diskutieren. Die Stadt Paderborn sollte in dieser Schwerpunktsitzung eine Positionierung der Politik ermöglichen, die zeitgerecht der Bezirksregierung vorgelegt werden kann. Wir müssen in Paderborn vor dem Hintergrund des schon vorhandenen massiven Bestands und der Nähe zur Wohnbebauung agieren und nicht erst unter Zeitnot reagieren, wenn die Bezirksregierung uns ihre Pläne vorlegt.
2. Vorgreifend auf die Fortschreibung des Regionalentwicklungsplanes und des v.g. Teilplanes ist im September 2023 eine Übergangsregelung kurzerhand in Kraft getreten, die dem weiteren Zubau der grün-schwarzen Landesregierung Rechnung tragen soll. Hier werden angrenzende Bereiche an Paderborn als Flurbereiche ausgewiesen, die beschleunigt für den Windenergieausbau bereitgestellt werden sollen. Hier kann sich wiederum eine Anschlussklage entwickeln, dass in unmittelbarer Nähe hierzu weitere Windenergieanlagen zusätzlich gebaut werden dürfen. Ein solcher Fall ist in Paderborn bereits vor Jahren eingetreten und die Windenergiebranche dürfte die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte trotz der immer als gut bezeichneten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Paderborn unserer Prognose nach vermutlich gern erneut auf die Probe stellen.
3. Am 15.12.2023 hat die grün-schwarze Landesregierung in NRW beschlossen, dass ab 01.01.2024 Windenergieanlagenbetreiber Bürger und Kommunen finanziell zu beteiligen haben. Hierdurch müssen Betreiber für neugebaute oder repowerte Anlagen künftig einen finanziellen Anteil ihres durch den Betrieb der Anlagen erzielten Profits an Anwohnerinnen und Anwohner bzw. die Kommune leisten. Die Landesregierung sieht offenbar durch Geldzuwendungen eine Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner erzielen zu können. Auch wenn dies fraglich erscheint, müssen politisch vor Ort Festlegungen getroffen werden, wie diese finanziellen Mittel vor Ort verwandt werden. Konkret muss dargestellt werden, was die Stadt Paderborn an Einnahmen hieraus generieren wird und welche Zwecke in den betroffenen Stadtteilen damit finanziert werden können.

Hier sollten die Einnahmen dann verursachungsgerecht ortsbezogen in infrastrukturelle, sportliche, kulturelle oder pädagogische Projekte fließen, wobei den Stadtteilen Marienloh, Neuenbeken, Benhausen und Dahl hier eine Sonderposition zukommt. Hierfür müssen Richtlinien entwickelt werden. Überdies ist zu prüfen, wie eine direkte Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner sichergestellt werden kann, um die neue Gesetzeslage in Anwendung zu bringen.

4. Entgegen den zumindest im Rahmen der Kommunalwahl 2020 insbesondere in den betroffenen Stadtteilen durch CDU-Vertreter getätigten Äußerungen die Windenergie in Paderborn sei an vielen Stellen zu nah an die Wohnbebauung gerückt, haben CDU und Grüne als Regierungsparteien in NRW mit Zustimmung der SPD im August 2023 die bis dato gültige 1.000m Abstandsregelung zur Wohnbebauung aufgehoben. Dies ist ein unerwarteter Schlag für die von Windenergielärm oder -befeuerung betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner in Paderborn. Es ist zu prüfen, welche Auswirkungen sich durch diese Änderung auf die Regionalentwicklungsplanung bzw. den Teilplan ergeben werden und eine Strategie zu entwickeln, die möglichen Erweiterungsspielräume der Stadtteile in Bezug auf die Wohnbebauung nicht weiter einzuengen.

Mit freundlichen Grüßen - Gez. Senn, Zinn, Pöppe / Zillmann